

# Kinder- und Jugendschutz im digitalen Raum - Soziale Medien sicher und altersgerecht gestalten

**Drucksache:** 18/18100 | **Datum:** 2026-03-10 | **Fraktion(en):** CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | **GWÖ-Score:** 9.0/10

**[++] Empfehlung:** Uneingeschränkt unterstützen

## Der Antrag im Überblick

Der Antrag fordert eine altersgestufte, gesetzlich verankerte Regulierung sozialer Medien in NRW mit verbindlicher Altersverifikation, einem suchtfreien Sicherheitsmodus für 14-16-Jährige und einer Stärkung der Medienkompetenzförderung - unter aktiver Beteiligung junger Menschen.

- Altersgrenze für Soziale Medien auf 14 Jahre anheben
- Sicherheitsmodus ohne Suchtmechanismen für 14-16-Jährige
- Unabhängige, datensparende Altersverifikation (z. B. EUDI-Wallet)
- Stärkung partizipativer Medienkompetenzförderung

## GWÖ-Treue

**Score:** 9.0/10

**Begründung:** Der Antrag stärkt systematisch Menschenwürde (D1), Solidarität (D2) und soziale Gerechtigkeit (D4) durch verbindliche Schutzmaßnahmen für Minderjährige. Er fördert Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch partizipative Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die Gestaltung kindgerechter Alternativen und Sicherheitsmodi. Ökologische Nachhaltigkeit ist nicht direkt berührt, aber digitale Gesundheit als Teil der menschlichen Lebensgrundlage wird indirekt geschützt. Kein Feld widerspricht GWÖ-Werten; alle Maßnahmen sind präventiv, datensparsam und gemeinwohlorientiert.

**Schwerpunkte:** D1, D2, D4, D5

## Matrix-Zuordnung (Matrix 2.0 für Gemeinden)

	1	2	3	4	5
A: Lieferant:innen	++				
B: Finanzen		++			
C: Führung/Verwaltung					
D: Bürger:innen	++	++		++	++

	1	2	3	4	5
E: Gesellschaft/Natur					

**Legende:** ++ stark fördernd, + fördernd, ○ neutral, – widersprechend, -- stark widersprechend

### Berührte Themenfelder

- **D1:** Recht auf unbeeinträchtigte Entwicklung, Schutz vor algorithmischer Manipulation [++]
- **D2:** Plattformverantwortung statt individueller Überforderung, Förderung von Alternativen [++]
- **D4:** Ausweitung #DigitalCheckNRW, Medienscouts, Peer-to-Peer-Ansätze [++]
- **D5:** Einbindung in Entwicklung kindgerechter Alternativen und Sicherheitsmodi [++]
- **A1:** Verpflichtung zur datensparsamen Altersverifikation (EUDI-Wallet), keine Profilierung [++]
- **B2:** Förderung zivilgesellschaftlicher Kompetenzakteure (z. B. fakeOFF, Wer ist Bilal?) [++]

### Programmtreue

---

#### CDU (Antragsteller)

**Wahlprogramm:** 9.0/10 — Vollständige Übereinstimmung mit CDU-Wahlprogramm 2022: S. 24-25 zu Kinderschutzambulanzen, Netzwerkmanager:innen, interprofessionellen Strukturen und Cybergrooming-Bekämpfung; explizite Forderung nach Plattformverantwortung und 'follow-the-money'-Ansatz entspricht dem Jugendmedienschutzstaatsvertrag (JMSStV) ab 01.12.2025.

**Parteiprogramm:** 9.0/10 — Entspricht dem CDU-Grundsatzprogramm 2024: 'Schöpfungsverantwortung' umfasst auch digitale Lebensräume; 'Subsidiäre Ordnung' legitimiert Landesebene für Jugendschutzregulierung; 'soziale Marktwirtschaft' verlangt Verantwortung dort, wo Wertschöpfung entsteht – also bei Plattformbetreibern.

#### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Antragsteller)

**Wahlprogramm:** 9.0/10 — Direkte Umsetzung grüner Kernforderungen: S. 58 zum Jugend-Monitoring und kommunalen Jugendparlamenten; S. 88 zur klaren Regulierung digitaler Plattformen; Grundsatzprogramm S. 36 fordert ausdrücklich 'umfassende Regulierung' zur Grundrechtssicherung – hier konkretisiert durch altersgestufte Sicherheitsmodi und datensparende Verifikation.

**Parteiprogramm:** 9.0/10 — Deckt sich vollständig mit grünem Grundsatzprogramm: 'Ökologie' als planetare Grenze umfasst psychische Gesundheit und digitale Selbstbestimmung; 'Demokratie' erfordert partizipative Gestaltung digitaler Räume; 'Gerechtigkeit' verlangt Schutz besonders vulnerabler Gruppen wie Kinder und Jugendliche.

## Verbesserungsvorschläge

### Original:

Die bisherigen Altersbeschränkungen für soziale Medien sollen auf 14 Jahre angehoben werden.

### Vorschlag:

Die bisherigen Altersbeschränkungen für soziale Medien sollen auf **14 Jahre angehoben werden - unter Ausnahme von gemeinwohlorientierten, nicht-kommerziellen Plattformen mit partizipativer Governance (z. B. Jugendnetzwerken mit Jugendbeirat).**

Stärkt GWÖ-Wert 'Solidarität' (D2) und 'Transparenz & Mitbestimmung' (D5) durch Förderung alternativer, gemeinwohlbasierter Digitalinfrastruktur – im Einklang mit grünem Wahlprogramm zur Förderung von Social Entrepreneurship und CDU-Forderung nach 'interprofessionellen Netzwerken'.

### Original:

Medienkompetenzangebote für Erziehungsberechtigte sind ein weiterer wichtiger Baustein.

### Vorschlag:

Medienkompetenzangebote für Erziehungsberechtigte **werden flächendeckend und kostenfrei bereitgestellt - insbesondere für einkommensschwache Haushalte und Familien mit Migrationshintergrund.**

Verbessert 'Soziale Gerechtigkeit' (D4) und adressiert strukturelle Ungleichheit bei Zugang zu digitaler Bildung – konsistent mit SPD- und Grünen-Forderungen nach Chancengleichheit und mit CDUs Ziel der 'Qualitätsoffensive' in Brennpunktvierteln.

### Original:

Die Handlungsvorschläge in den Bereichen Jugendmedienschutz und Medienkompetenz, die die Länder ausgestalten, müssen konsequent mit bundes- und europapolitischen Maßnahmen verzahnt werden.

### Vorschlag:

Die Handlungsvorschläge [...] müssen konsequent mit bundes- und europapolitischen Maßnahmen verzahnt werden **und in einem jährlichen Gemeinwohlbericht zur digitalen Teilhabe evaluiert werden - unter Einbezug von Kinder- und Jugendvertreter:innen sowie zivilgesellschaftlichen Expert:innen.**

Stärkt 'Transparenz & Mitbestimmung' (D5) und 'Solidarität' (D2) durch institutionelle Verankerung von Mitbestimmung und Rechenschaft – im Sinne des grünen Wahlprogramms zur Bürger:innenbeteiligung und des CDU-Ziels zur 'Verstetigung' von Kinderschutzstrukturen.

## Zusammenfassung

---

### Stärken

- Klare Verantwortungszuweisung an Plattformbetreiber
- Datensparsame Altersverifikation (EUDI-Wallet)
- Partizipative Einbindung von Kindern und Jugendlichen
- Verknüpfung von Regulierung und Medienkompetenzförderung

### Schwächen

- Keine explizite Berücksichtigung von Kinderarmut als Risikofaktor für digitale Exposition
- Keine Verankerung von Gemeinwohl-Kriterien für öffentliche Förderung digitaler Bildungsprojekte